



Merkel, Journalisten

HC PLAMBECK / LAIF

Medien Ende der Vertraulichkeit

Bundeskanzlerin Angela Merkel muss offenlegen, welche Journalisten sie im vergangenen Jahr zu vertraulichen Gesprächen getroffen hat und über welche Themen geredet wurde. Das Berliner Verwaltungsgericht ordnete

am 22. Dezember einstweilig an, dass Merkel sowohl über Hintergrundgespräche im Kanzleramt als auch über andere nicht öffentliche Gespräche mit Journalisten Auskunft geben muss: Ort, Zeit, Teilnehmer und Themen – nur die genauen Inhalte sollen vertraulich bleiben dürfen. Gleiches könnte auch für Hintergrundgespräche

der Mitarbeiter Merkels gelten. Ein Redakteur des Berliner „Tagesspiegels“ hatte mit einer Klage unter anderem zu erfahren verlangt, mit welchen Journalisten die Kanzlerin über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Umgang mit der AfD und die Flüchtlingskrise gesprochen und was Merkel den Medien-

vertretern „konkret mitgeteilt“ habe. Das Verwaltungsgericht gab ihm weitgehend recht. Dem Wunsch des Redakteurs stünden keine „schutzwürdigen Vertraulichkeitsinteressen“ entgegen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, das Kanzleramt hat vor dem Oberverwaltungsgericht Beschwerde eingelegt. ran, srö

Union Frauen ausgebremst

CDU und CSU übergangen bei der Aufstellung der Landeslisten für die Bundestagswahl viele qualifizierte Frauen, klagt die Chefin der Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion, Karin Maag (CDU). „Leider handelt es sich nicht um Einzelfälle“, sagt Maag, „mehrere kompetente und bewährte Abge-

ordnete aus der CDU wie aus der CSU-Landesgruppe sind betroffen.“ Laut dem CDU-Parteistatut soll auf drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau stehen. Maag, die seit 2009 dem Bundestag angehört, bezeichnet es als „unsäglich, dass einige Länderkollegen das unterlaufen“. Als Beispiel nennt sie den Landesverband Hamburg, aber auch in ihrem Verband Baden-Württemberg sei

die Lage „gelinde gesagt extrem zäh“. Hier seien in 38 Wahlkreisen nur drei Frauen nominiert worden. Frauen würden auch aufgefordert, gegeneinander um Listenplätze zu konkurrieren, sagt Maag, „das mutet man den Männern nicht zu“. CDU-Chefin Angela Merkel hatte sich auf einer Veranstaltung der Frauengruppe am Mittwoch ausdrücklich zur Frauquote ihrer Partei bekannt. ama

Parlamentarier Danke, Herr Doktor

Der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler schmückt sich mit einem Ehrendoktor und verstößt gegen die Pflicht, die ihn würdigende Hochschule im Ausland mitzunennen: die staatliche Nationaluniversität für Architektur und Bauwesen von Armenien. Sie verlieh ihm den Titel offenbar als Dank für Lobbyarbeit: Weiler werde unter anderem für die Stärkung der armenisch-deutschen Beziehungen ausgezeichnet. Wenige Wochen zuvor hatte er sich in den Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach eingeschaltet und „die aserbaidshanischen Angriffe auf das Schärfste“ verurteilt. Weiler teilte mit, als „praktizierender Christ“ sei ihm sein „Engagement für das Land Armenien – das erste christliche Land der Welt – ein Herzensanliegen“. Seinen Ehrendokortitel trage er in der „üblichen international anerkannten lateinischen Form: Dr. h. c.“. amp

HIV-Bluterskandal Hilfe bis 2018 – statt lebenslang

Mehr als 500 Patienten leiden noch heute an den Folgen eines Medizinskandals, bei dem sich bis in die Achtzigerjahre hinein mehr als tausend Bluter durch verunreinigte Blutkonserven mit HIV infizierten. Die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte“ sollte Betroffenen lebenslange Unterstützung garantieren – allerdings sind die

Hilfsleistungen derzeit nur bis Ende 2018 gesichert. Gespräche zwischen Bund, Ländern, dem Deutschen Roten Kreuz und der Pharmaindustrie brachten bislang keine dauerhafte Lösung. Nur für



SONJA MARZONIEK / DPA

2018 sagten die Unternehmen zwei Millionen Euro zusätzlich zu, wie aus einer Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht. Der Bund will bis 2021 jährlich 4,5 Millionen Euro bereitstellen, was aber nach Regierungsangaben nur der Hälfte der benötigten Summe entspricht. „Diese Mittel reichen vorne und hinten nicht aus“, kritisiert Linken-Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler. cos